

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/11/2013

über die öffentliche Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2013,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 22:35 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Roland Wilde

#### **Stadtverordnete**

Frau Carola Behr  
Herr Thomas Bellizzi  
Frau Doris Brandt  
Herr Christian Conring  
Herr Claas-Christian Dähnhardt  
Herr Jürgen Eckert  
Herr Peter Egan  
Herr Rafael Haase  
Herr Jörg Hansen  
Frau Anna-Margarete Hengstler  
Herr Dustin Holzmann  
Herr Tobias Koch  
Herr Dirk Langbehn  
Frau Monja Löwer  
Herr Hartmut Möller  
Frau Marleen Möller  
Frau Susanne Philipp-Richter  
Herr Jochen Proske  
Herr Bela Randschau  
Herr Achim Reuber  
Herr Hinrich Schmick  
Frau Karen Schmick  
Herr Christian Schmidt  
Herr Christian Schubbert-von Hobe  
Herr Matthias Stern  
Herr Michael Stukenberg  
Frau Doris Unger

### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Frau Lara Gerecke  
Herr Christof Schneider

Kinder- u. Jugendbeirat  
Seniorenbeirat

### **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Ulrich Kewersun  
Herr Horst Kienel  
Frau Meike Niemann  
Herr Thomas Reich  
Herr Patrick Zurheide  
Herr Mathias Horsch  
Herr Alexander Neubauer  
Frau Birgit Reuter

Bürgermeister

Referendar FB II  
Veranstaltungstechnik  
Azubi Stabsstelle  
Protokollführer

### **Entschuldigt fehlt/fehlen**

### **Stadtverordnete**

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann  
Herr Detlef Levenhagen  
Herr Olaf Waskow

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2013 vom 09.12.2013
6. Bericht des Bürgermeisters
  - 6.1 Kampfmittelräumdienst
  - 6.2 Störungen der Straßenbeleuchtung Stadt Ahrensburg
  - 6.3 Besuch der Partnerstadt Ludwigslust
  - 6.4 Weihnachtsgrüße
7. Beschleunigung der Mediensicherung in der Stadtbücherei Ahrensburg **2013/146**
8. Hort Reesenbüttel **2013/136/1**  
- Bedarfsgerechte Erweiterung zum Schuljahr 2014/2015
9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 **2013/111/1**
  - 9.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Unterhaltung des Moorwanderweges im Tunneltal **AN/075/2013**
  - 9.2. Antrag der WAB-Fraktion zur Unterhaltung von Gemeindestraßen **AN/066/2013**
  - 9.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Grundsteuer **AN/077/2013**
  - 9.4 Antrag der SPD-Fraktion zur Unterhaltung von Straßen **AN/064/2013**
  - 9.5 Antrag der WAB-Fraktion auf Bereitstellung von Planungskosten für die Südumgehung **AN/074/2013**
  - 9.6 Antrag der FDP-Fraktion zum Haushalt 2014 **AN/078/2013**
  - 9.7 Antrag der SPD-Fraktion f.d. STV - Haushaltsberatungen 2014 - Wiederaufnahme d. Realisierungskonzeptes für die Innenstadt **AN/079/2013**

- 9.8 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Akustikdecke Gemeinschaftshaus Gartenholz
- 9.9 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Radverkehrskonzept
10. Jahresabschluss durch den Bürgervorsteher
11. Beschlusscontrolling

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 2. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der vorangegangenen Sitzung

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09.12.2013 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

„Es erfolgt der Erlass einer Gewerbesteuer und der Nachzahlungszinsen für die Jahre 2007 bis 2011 sowie der entstandenen Gebühren in Höhe von insgesamt 14.004,29 €“

## 3. Einwohnerfragestunde

**Herr Schumacher** bittet, bei der Planung der Südumgehung den Kuhlmoorweg in die Überlegungen mit einfließen zu lassen. Darüber hinaus benötige Ahrensburg mehr Fußgängerüberwege.

**Herr Mächler** erklärt, dass vor der Legislaturperiode von der Politik versprochen worden sei, dass es keine Erhöhung der Grundsteuer B geben werde.

**Herr Dzubilla** wirft die Frage auf, warum ein Ahrensburger bei den Stadtwerken Ahrensburg mehr Geld für Gas bezahlen muss, als wenn er es anderswo zahlen müsste, z. B. bei den Stadtwerken Ratzeburg.

Er erläutert, dass Werbeträger im Allgemeinen nach ökonomischen Medienkriterien ausgesucht werden. Warum belegen die Stadtwerke ein neues Ahrensburger Werbeportal, das noch keine Leistungswerte erbracht haben kann und treten dort gleichzeitig als Partner auf?

Ein neues Magazin ist in Ahrensburg erschienen, das heißt „Ahrensburg Magazin“. Bevor es erschienen ist, haben die Stadtwerke Ahrensburg dort schon massiv Werbung gebucht. Nach welchen Kriterien und warum?

Welche Werbeagentur arbeitet für die Stadtwerke Ahrensburg?

Herr Dzubilla hat diese Fragen auch an die Stadtwerke gesandt und bis heute keine Antwort erhalten. Haben die Stadtwerke Ahrensburg genug Geld oder will sich der Stadtkämmerer dies über die Grundsteuer holen?

Zudem erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand zum Thema „Versetzung des Muschelläufers“.

**Bürgermeister Sarach** führt aus, dass es sich bei den Fragen um keine Selbstverwaltungsangelegenheiten handelt und deshalb die Fragen an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Ahrensburg weitergeleitet worden sind. Zum Muschelläufer erläutert Bürgermeister Sarach, dass sich der Sachstand unverändert darstellt.

**Herr Timm** plädiert dafür, dass die Stadtverordneten dem Antrag zur Bereitstellung von Planungskosten für eine Südumgehung zustimmen sollten, insbesondere um die derzeitige Verkehrsbelastung in der Straße Brauner Hirschen zu reduzieren. Er bemängelt, dass der Dänenweg zwar saniert werde, aber nicht der Spechtweg.

**Herr Lang** erläutert, dass die Verwaltung die Zustimmung zur B 1-Trasse korrigiert und um Berücksichtigung des Beschlusses des Bau und Planungsausschuss vom November 2011 gebeten habe. Dieser fordert, dass ein Kreuzungsbauwerk so zu positionieren ist, dass es an der Eulenkrußstraße anfängt und sowohl eine Südumfahrung als auch einen Anschluss an die Straße Brauner Hirsch ermöglicht. Wie stellt sich die Stadtverwaltung eine solche Trasse mit zwei sich widersprechenden Zielen vor?

**Bürgermeister Sarach** erklärt, dass die Verwaltung die Interessen der Stadt vertritt und die Beschlussfassung aus den Ausschüssen an die zuständigen Stellen transportiert.

**Herr Ebeling** führt aus, dass durch den Ausbau der Straße Brauner Hirsch und der Verbesserung der Anbindung an den Ostring sich das Verkehrsaufkommen in Ahrensfelde deutlich gesteigert habe. Er bittet um Zustimmung zur Bereitstellung der Planungskosten für eine Südumgehung.

**Frau Quastmüller**, Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Am Hagen, stellt die Bitte, dass Planungsmittel für eine Vorplanung der Südumgehung zur Verfügung gestellt werden, um eine technisch fundierte Grundlage zur weiteren Diskussion zu haben.

**Herr Knoll** plädiert ausdrücklich für die Bereitstellung der Planungskosten für eine Südumgehung und begründet seine Auffassung ausführlich.

#### **4. Festsetzung der Tagesordnung**

Stadtverordneter Conring regt an den, „Antrag der SPD-Fraktion zur Unterhaltung des Moorwanderweges im Tunneltal, AN/075/2013“ im Rahmen der Haushaltsberatungen in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, da unklar sei, inwieweit eine Empfehlung des Umweltausschusses vorliegen würde. Stadtverordneter Möller stimmt als Antragsteller des Antrages zu.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Wiederaufnahme des Realisierungskonzeptes für die Innenstadt, AN/079/2013, soll ebenfalls im Rahmen der Haushaltsberatungen beraten werden.

Die Anträge von Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Akustikdecke Gemeinschaftshaus Gartenholz“ und „Radverkehrskonzept“ sollen im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt werden.

Die Stadtverordneten stimmen der Tagesordnung mit den oben genannten Änderungen zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

## **5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2013 vom 09.12.2013**

Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2013 vom 09.12.2013 werden nicht erhoben.

## **6. Bericht des Bürgermeisters**

### **6.1 Kampfmittelräumdienst**

Bürgermeister Sarach berichtet, dass die Kampfmitteluntersuchung im Schlossteich auftragsgemäß abgeschlossen worden ist. Es wurden keine Kriegsallasten gefunden, sondern nur Schrottmehalle neueren Datums, die sich im Schlick über der Teichsohle befanden. Die Kampfmittelsondierung im Grabenbereich wird parallel zur Entschlammung ab etwa Mitte Januar durchgeführt.

### **6.2 Störungen der Straßenbeleuchtung Stadt Ahrensburg**

In der letzten Woche gab es einen Ausfall der Straßenbeleuchtung im Gewerbegebiet. Betroffen waren die Kurt-Fischer-Straße und die Straßen Ewige Weide und An der Strusbek. Bis spätestens Ende der Woche werden die Störungen voraussichtlich behoben sein.

### **6.3 Besuch der Partnerstadt Ludwigslust**

Bürgermeister Sarach berichtet, dass in der vergangenen Woche wieder der regelmäßige Austausch zwischen der Stadt und einer Delegation aus der Partnerstadt Ludwigslust, bestehend aus den Stadtpräsidenten, dem Bürgermeister, dem 1. Stellvertretenden Stadtpräsidenten und zwei Mitarbeitern, stattgefunden hat, um sich über aktuelle Themen zu informieren.

### **6.4 Weihnachtsgrüße**

Bürgermeister Sarach wünscht den Stadtverordneten und ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

**7. Beschleunigung der Mediensicherung in der Stadtbücherei Ahrensburg**

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

**8. Hort Reesenbüttel  
- Bedarfsgerechte Erweiterung zum Schuljahr 2014/2015**

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

## 9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014

Stadtverordneter Conring hält den Sachvortrag. Aufgrund der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Stellenplan, der Korrektur eines Abstimmungsergebnisses im BKSA und der Erhöhung der Vergnügungssteuer liegt ein Jahresfehlbetrag von 920.000 € mit einer Verbesserung von 40.000 € im Ergebnisplan vor. Der Finanzausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, der Beschlussvorlage Nr. 2013/111/1 zuzustimmen.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass es kein Einnahmeproblem, sondern ein Planungsproblem in Ahrensburg gebe. Die Wirtschaftskrise und die Umstellung der Kameralistik zur Doppik seien im Jahr 2009 zusammengekommen. Durch die Umstellung auf die Doppik sei es bis heute nicht möglich, anhand von konkreten Jahresabschlüssen die finanzielle Situation festzustellen. Die sei jedoch Voraussetzung für Steuererhebungen. Gute Kommunalpolitik zeichne sich dadurch aus, dass Bürger mit wenig Steuern und Abgaben belastet werden, auch wenn Nachbargemeinden höhere Steuern erheben würden. Die Mittel für die Steuererhöhung würden aufgrund der Erhöhung der Kreis- und Finanzausgleichsumlage nicht allein Ahrensburg zur Verfügung stehen. Er beantragt im Namen der CDU-Fraktion, „die Haushaltsansätze für die Grundsteuer A und B so zu veranschlagen, dass die Steuersätze des Jahres 2013 unverändert zugrunde gelegt werden. Einer Erhöhung der Grundsteuer wird abgelehnt (AN/077/2013).“

Stadtverordneter Möller erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass die Planungen im Rahmen des Haushalts 2014 weitgehend durch Notwendigkeiten, wie Brandschutzsanierung des Rathauses, Ersatzbau für den Pavillon an der Grundschule Am Schloß, Cafeteria an der Grundschule Am Reesenbüttel, Sanierung Alter Lokschuppen, anstatt durch freiwillige Leistungen geprägt sei. Auch wenn die Jahresabschlüsse nicht vorliegen, sei die Ungewissheit über die wirtschaftliche Lage der Stadt Ahrensburg nicht so groß. Ziel der Doppik sei es, die gesamtwirtschaftliche Lage darzustellen. Die voraussichtliche Liquidität sei hierfür kein Indiz auch unter Berücksichtigung der Phasenverschiebung zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Laut einer Präsentation zur Straßenunterhaltung des Ingenieurbüros Wittor im Bau- und Planungsausschuss seien für die Instandsetzung von Straßen in Ahrensburg 1,7 Mio. € jährlich bereitzustellen. Um dieser Forderung näher zu kommen, stellt die SPD-Fraktion den Antrag AN/064/2013 „Haushalt 2014 – Unterhaltung von Gemeindestraßen, PSK 54100.5221000, wird von 600.000 € auf 800.000 € erhöht.“

Sofern ein Haushalt mit Defizit beschlossen werde, bestehe die Gefahr, dass der Innenminister den Haushalt nicht genehmige mit der Maßgabe, dass vorrangig alle Einnahmemöglichkeiten vor Kreditaufnahme ausgeschöpft werden müssten wie Anhebung der Steuern. Aus diesem Grund stellt die SPD-Fraktion den Antrag auf Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 380 %. Es ist der Wert, den der Innenminister als Richtwert vorgebe.

Stadtverordneter Langbehn bemängelt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Vernachlässigung der Straßensanierung in den letzten Jahren und plädiert für die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln.

Er spricht sich im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für eine Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 350 % aus. Ansonsten erhöhe sich das Defizit im Ergebnishaushalt von 920.000 € auf 1,5 Mio. €. Er weist auf zusätzliche Unsicherheiten im Haushalt aufgrund der fehlenden Jahresabschlüsse, aber auch im Hinblick auf den Ansatz für die Gewerbesteuer hin. Er plädiert dafür, dem Haushalt in der heutigen Sitzung zuzustimmen.

Stadtverordneter Egan führt im Namen der WAB-Fraktion aus, dass der Ergebnisplan mit einem Jahresfehlbetrag von 920.000 € abschließe. Die Einnahmen seien in den Jahren 2011 bis 2014 um 3 Mio. € gestiegen, die Aufwendungen um 8 Mio. €. Die WAB-Fraktion habe im Rahmen der Haushaltsberatungen 65 Anträge zur Verbesserung des Haushalts mit Einnahmen von 2 Mio. € gestellt, die jedoch überwiegend keine Zustimmung erfahren haben. Mit der Funktion Ahrensburgs als Mittelzentrum sei ein Hebesatz von 350 % angemessen. Ein Teil der Mehreinnahmen durch die Anhebung des Hebesatzes sollte in eine strukturierte Straßenunterhaltung auf der Grundlage der Prioritätenliste des Ingenieurbüros Wittor einfließen.

Stadtverordneter Bellizzi bemängelt im Namen der FDP-Fraktion, dass die ursprüngliche Fassung des Haushaltsentwurfs 2014 weit von einem Haushaltsausgleich entfernt sei. Er bedauert, dass die Anträge der WAB-Fraktion und der FDP-Fraktion zum Ergebnishaushalt im Rahmen der Haushaltsberatungen weitgehend abgelehnt worden seien. Es würden im Ergebnishaushalt Ansätze im Vergleich zu dem Vorjahr mit einer 20%igen Steigerung bestehen. Die Ausgaben würden im Vergleich zu den Einnahmen überproportional steigen, sodass eine entsprechende Ausgabenkritik notwendig sei. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen, dass der Hebesatz der Grundsteuer B nicht angehoben werden soll, denn vorrangig sei eine Aufgabenkritik durchzuführen – Steuererhöhungen seien der letzte Schritt zu einem ausgeglichenen Haushalt. Auch durch Ausgabenkürzungen ohne Anhebung der Grundsteuer könnten die Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass zusätzliche Mittel für den Straßenbau als auch Planungskosten für die Südumgehung benötigt werden. Er beantragt eine Unterbrechung der Sitzung nach Diskussion. Dem Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Stadtverordneter Haase erklärt, dass Zweck der Grundsteuer die Finanzierung der infrastrukturellen Ausstattung einer Gemeinde sei. Unter Berücksichtigung, dass die Stadt einige Kitas erweitert/neu errichtet, Schulen mit Cafeterien ausgestattet, Sporthallen neu gebaut hat, und unter Berücksichtigung der Vergütung des hierfür eingesetzten Personals in den Einrichtungen sei eine Anhebung der Grundsteuer unumgänglich.

Stadtverordneter Conring weist darauf hin, dass die in den vergangenen 3 Jahren gestellten Anträge der CDU-Fraktion zur Einsparung im Haushalt aufgrund des guten substantiellen Inhaltes eine Mehrheit gefunden hätten mit der Folge von Schuldentilgung. Die Stadt befinde sich zurzeit auch unter Berücksichtigung der eingehenden Gewerbesteuereinnahmen auf einem „konjunkturellen Hoch“. Dem Bürger könne nicht plausibel dargelegt werden, dass trotz Mehreinnahmen die Ausgaben nicht getilgt werden könnten und somit die Grundsteuer B erhöht werden muss.

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Herr Schneider erklärt, dass Grundsteuererhöhungen an die Mieter weitergegeben werden. Betroffen seien hier von insbesondere ältere Einwohner mit geringen Renten. Grundsteuererhöhungen würden auch mit dem Ziel von bezahlbarem Wohnraum mit gleichzeitiger Steigerung der Mietnebenkosten konterkarieren. Auch die Rentner, die ein Eigenheim besitzen, leben zum Teil von einer schmalen Rente. Herr Schneider stellt deshalb im Namen des Seniorenbeirates nachfolgenden Antrag: „Sollte ein ausgeglichener Haushalt ohne Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes B nicht möglich sein, so beantragt der Seniorenbeirat, die Erhöhung moderat ausfallen zu lassen. Moderat interpretiert der Seniorenbeirat auf maximal 330 %“.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag auf Straßenunterhaltung zustimmen wird. Das Gleiche gilt für den Antrag der Bereitstellung von Planungsmittel für die Südumfahrung. Zurzeit bestehe die letzte Möglichkeit, um eine Option für eine Südumfahrung offen zu halten. Hamburg und Schleswig-Holstein würden in diesen Tagen eine Verwaltungsvereinbarung abschließen, um mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung zum Streckenausbau zu beginnen. Laut Beschluss des Bau- und Planungsausschusses soll das Brückenbauwerk so geplant werden, dass eine Option für eine Südumfahrung offengehalten wird, sodass zurzeit eine konkrete Detailplanung erforderlich sei. Mit Ablehnung der Planungsmittel werde es keine Südumfahrung mehr geben.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Stukenberg, Egan, Schmick, Reuber und Proske.

Bürgervorsteher Wilde erklärt, dass die schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion **AF/2013/006** von der Verwaltung beantwortet worden ist. Die Antworten wurden vor der Sitzung an die Stadtverordneten verteilt und sind der Niederschrift beigefügt (**Anlage 1**). Stadtverordneter Bellizzi verzichtet auf eine mündliche Beantwortung der Anfrage.

Nach dieser Grundsatzdebatte erfolgt eine Beratung und Abstimmung über die einzelnen Anträge zum Haushalt wie nachstehend:

### **9.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Unterhaltung des Moorwanderweges im Tunneltal, AN/075/2013**

Bürgervorsteher Wilde verliest den Antrag AN/075/2013, der wie folgt lautet:





„Die Haushaltsansätze für die Grundsteuer A und B sind so zu veranschlagen, dass die Steuersätze des Jahres 2013 unverändert zugrunde gelegt werden. Eine Erhöhung der Grundsteuer wird abgelehnt.“

**Abstimmungsergebnis:**                    **11 dafür**  
   **16 dagegen**  
   **1 Enthaltung**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**Antrag des Seniorenbeirates zur Anhebung des Hebesatzes um 330 %, soweit ein Haushaltsausgleich nicht möglich ist**

Anschließend soll über den Antrag des Vorsitzenden des Seniorenbeirates Herr Schneider abgestimmt werden, der wie folgt lautet: „Sollte ein ausgeglichener Haushalt ohne Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes B nicht möglich sein, so beantragt der Seniorenbeirat die Erhöhung moderat ausfallen zu lassen. Moderat interpretiert der Seniorenbeirat auf maximal 330 %“.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung entsprechend dem zugestimmten Antrag von Stadtverordneten Schmick von 5 Minuten erklärt Bürgervorsteher Wilde, dass nach Beratung durch die Verwaltung der Antrag des Seniorenbeirates nach § 47 e Abs. 2 der Gemeindeordnung nicht zulässig sei. Der Vorsitzende des Seniorenbeirates erklärt, dass der Seniorenbeirat ca. 30 % der Bevölkerung vertritt und dieses Thema die Senioren betreffe. Der Seniorenbeirat wird diese Entscheidung zunächst akzeptieren, jedoch für zukünftige Fälle rechtlich prüfen lassen.

**Antrag der SPD-Fraktion AN/072/2013 zur Anhebung des Hebesatzes auf 380 %.**

Anschließend wird über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt, der wie folgt lautet:

„Der Steuersatz für die Grundsteuer B wird auf 380 % erhöht.“

**Abstimmungsergebnis:**                    **8 dafür**  
   **20 dagegen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**9.5 Antrag der WAB-Fraktion auf Bereitstellung von Planungskosten für die Südumgehung, AN/074/2013**

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass die Südumgehung einen schlechten Wirkungsgrad hinsichtlich des Flächenverbrauchs und der Kosten von ca. 10 Mio. € bzw. der Diskrepanz zwischen verkehrlicher Wirkung und Aufwand, habe. Durch den Neubau von Straßen würden weitere Unterhaltungskosten entstehen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden dementsprechend den Antrag ablehnen.

Stadtverordneter Möller stellt im Namen der SPD-Fraktion fest, dass eine Südumgehung weder sinnvoll noch notwendig sei. In der Fraktion gäbe es unterschiedliche Meinungen zu dem Antrag dahingehend, dass eine vertiefte Planung benötigt werde, um das Gegenteil der Machbarkeit zu beweisen. Deswegen wird es in der Abstimmung eine Enthaltung in der SPD-Fraktion geben. Die Mehrheit spreche sich dafür aus, die Südumfahrung aus politischen- und Naturschutzgründen abzulehnen.

Stadtverordneter Egan stellt im Namen der WAB-Fraktion den Antrag AN/074/2013 zur Bereitstellung von Planungskosten für die Südumgehung im Haushalt 2014 mit 125.000 € und verweist auf die Begründung im Antrag AN/074/2013. Der Beschluss zum Brückenbauwerk im Zuge der Stellungnahme zur S4-Vorentwurfsplanung könne von der Verwaltung wegen fehlender Planungsgelder derzeit nicht umgesetzt werden (Bau- und Planungsausschusses vom 20.11.2013). Bei Nichtzustimmung zu diesem Antrag würde die Stadt die Planungshoheit über die Südumgehung aufgeben.

Stadtverordnete Schmick fügt ergänzend hinzu, dass das Brückenbauwerk mit einer Verschwenkung so geplant werden müsse, dass nicht ausschließlich die Straße Brauner Hirsch belastet sei.

Stadtverordneter Koch weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung keine Entscheidung erfolgt, ob eine Südumfahrung tatsächlich gebaut werden soll, sondern ob zukünftigen Generationen die Option offen gehalten werden soll, eine Südumfahrung zu errichten. Steht die Brücke nicht korrekt, ist für die Zukunft diese Möglichkeit verbaut.

Stadtverordneter Schmick verlangt im Namen der WAB-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Anschließend wird über nachfolgenden Antrag der WAB-Fraktion abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge am 16.12.2013 die Bereitstellung von Planungskosten für die Südumgehung im Haushalt 2014 beschließen, Produkt 54100.0900030, Betrag 125.000 €“

Über diesen Antrag wird wie folgt abgestimmt:

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>11 dafür</b>
	<b>14 dagegen</b>
	<b>3 Enthaltungen</b>

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung ist als **Anlage 2** beigefügt.

## **9.6 Antrag der FDP-Fraktion zum Haushalt 2014, AN/078/2013**

Stadtverordneter Bellizzi führt zum Antrag der FDP-Fraktion AN/078/2013, Ziff. 3, aus, dass es sich nicht um Personalkostenzuwächse, sondern um die Begrenzung der Tarifsteigerung auf 2,5 % handele.

Stadtverordnete Löwer verlangt Einzelabstimmung.

Anschließend wird über den Antrag der FDP-Fraktion, AN/078/2013, wie folgt abgestimmt:

1. PSK 11115, Konto 5431010 – Zentrale Dienste wird um 40.000 € auf 0 € reduziert.

**Abstimmungsergebnis:      5 dafür  
   20 dagegen  
   3 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

2. PSK 11130, Konto 5291000 – Öffentlichkeitsarbeit wird um 2.000 € auf 9.000 € reduziert.

**Abstimmungsergebnis:      5 dafür  
   21 dagegen  
   2 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

3. Die im Haushalt angesetzten Tarifsteigerungen werden auf 2,5 % festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:      12 dafür  
   15 dagegen  
   1 Enthaltung**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

## **9.7 Antrag der SPD-Fraktion f. d. STV – Haushaltsberatungen 2014 – Wiederaufnahme d. Realisierungskonzeptes für die Innenstadt, AN/079/2013**

Stadtverordnete Möller stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Wiederaufnahme des Realisierungskonzeptes für die Innenstadt AN/079/2013 vor.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordneten Schmick wird über den Antrag der SPD-Fraktion AN/0079/2013, der wie folgt lautet, abgestimmt:





**9.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Unterhaltung des Moorwanderweges im Tunneltal , AN 2013/075**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.2 Antrag der WAB-Fraktion zur Unterhaltung von Gemeindestraßen AN/066/2013**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Grundsteuer AN/077/2013**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.4 Antrag der SPD-Fraktion zur Unterhaltung von Straßen AN/064/2013**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.5 Antrag der WAB-Fraktion auf Bereitstellung von Planungskosten für die Südumgehung/AN/074/2013**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.6 Antrag der FDP-Fraktion zum Haushalt 2014/AN/078/2013**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.7 Antrag der SPD-Fraktion f.d. STV - Haushaltsberatungen AN/079/2013  
2014 - Wiederaufnahme d. Realisierungskonzeptes für die  
Innenstadt**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.8 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Akustikdecke Gemeinschaftshaus  
Gartenholz**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

**9.9 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Radverkehrskonzept**

***– Siehe Beratung zu TOP 9 –***

## **10. Jahresabschluss durch den Bürgervorsteher**

Bürgervorsteher Wilde bedankt sich bei allen für die faire Zusammenarbeit im auslaufenden Jahr 2013, insbesondere bei den Stadtverordneten, dem 1. und 2. Stellvertretenden Bürgervorsteher und dem Bürgermeister. Er bedankt sich bei der Presse für die kontinuierliche Berichterstattung.

Er wünscht allen einen fröhlichen 4. Advent, eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2014.

## **11. Beschlusscontrolling**

**– Siehe nicht öffentliche Anlage –**

gez. Roland Wilde  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführerin